

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 3. Juni 2019 / Lundi après-midi, 3 juin 2019

Grosser Rat / Grand Conseil

**12 2019.RRGR.43 Übrige Geschäfte
Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik**

**12 2019.RRGR.43 Autre affaire
Déclaration du Grand Conseil sur la politique climatique**

Präsident. Nachdem wir die einheimischen Blumen verteilt haben (*Heiterkeit / Hilarité*), kommen wir zur «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik». Ich erlaube mir ganz kurz den Hinweis, dass wir hier eine organisierte Debatte durchführen. Die organisierte Debatte führten wir bisher, seit dies überhaupt möglich ist, offenbar achtmal durch. Die meisten bemerkten es jeweils nicht. Dies lag auch ein wenig daran, dass wir damals in der Kommission – ich bin ja einer der Wenigen hier, die dieser Kommission angehörten – die organisierte Debatte als ein Mittelding zwischen freier und reduzierter Debatte gemeint hatten. Das heisst, dass man eben die Zeit vorgibt. Als einzige mögliche Gewichtung – dies wird sonst nicht gemacht –, gewichten wir die Redezeit nach der Grösse der Fraktionen. Nur so können wir es überhaupt handhaben. In dieser Form hatte man es bisher noch nie gemacht, weil man sich etwas davor scheute. Wir hatten das Gefühl, dies sei das genau richtige Vorgehen für diese Erklärung. Wir schlugen es folglich vor und spürten jedenfalls keine grossen Widerstände. Deshalb werden wir so vorgehen.

Das Ganze ist übrigens in der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) genau beschrieben und kann dort nachgelesen werden. Deshalb führen wir die Beratung mit den angemessenen Redezeiten durch. «Angemessen» heisst eben, dass wir zuerst den Berichterstatter der Kommission, Peter Flück, hören. Sie haben den Ablauf erhalten, ich lese ihn nicht vor. Die Fraktionen haben je eine Gesamtredezeit zugute. Das reicht mit 22 Minuten von der Fraktion SVP bis zu 3 Minuten für Fraktionslose. Dies sind die Möglichkeiten, die Sie haben. Stefan Costa wird Buch führen. Er wird die Redezeit stoppen. Danach werden wir zusammenzählen und Ihnen jeweils mitteilen, wie wir vorgehen. Nach dem Kommissionssprecher geben wir den Antragstellenden das Wort, damit sie sprechen können. Anschliessend können Sie sich seitens der Fraktionen anmelden. Wer auch immer sich meldet – wir werden die entsprechende Redezeit der Gesamtredezeit der jeweiligen Fraktion anrechnen. Eigentlich hätten Sie uns dies vorgängig melden müssen, aber wir wollen nicht kleinlich sein. Wir haben es im Griff, wir schaffen das! Selbst wenn wir im Moment nur zu zweit sind: Dass Hervé Gullotti jetzt nicht vorne sitzt, heisst nicht, dass wir ihn nicht hier vorne haben möchten. Es liegt an einer rein technischen Angelegenheit. Deshalb ist eine Umschaltung nicht so rasch möglich. Ab morgen Vormittag wird er hier vorne sitzen und uns dann sofort helfen. Alles klar? – Also starten wir. Ich erteile das Wort gerne Peter Flück. Sie haben das Wort.

Antrag SVP (Bichsel, Zollikofen)

Ergänzung Präambel: Die nachfolgende Erklärung des Grossen Rates hat richtungsweisenden Charakter. Sie nimmt sachpolitische Entscheide des Kantons nicht vorweg. Die Zuständigkeiten von Regierung, Parlament und die Volksrechte bleiben unangetastet.

Proposition UDC (Bichsel, Zollikofen)

Compléter le préambule : La déclaration du Grand Conseil ci-après donne une direction. Elle n'anticipe en rien sur les décisions du canton dans les divers domaines politiques. Les compétences du gouvernement et du parlement ainsi que les droits politiques restent intacts.

Antrag SP-JUSO-PSA (Stampfli, Bern)

Ergänzung am Ende der Präambel: Der Grosse Rat erklärt deshalb hiermit den Klimanotstand.

Proposition PP-JS-PSA (Stampfli, Berne)

Clore le préambule ainsi : Par conséquent, le Grand Conseil déclare l'état d'urgence climatique.

Antrag SVP (Guggisberg, Kirchlindach)

Ergänzung Ziffer 6: in der Schweiz einzukaufen, Schweizer Produkte zu konsumieren und soweit möglich bei Submissionen regionale Anbieter zu berücksichtigen.

Proposition UDC (Guggisberg, Kirchlindach)

Compléter le chiffre 6 : à acheter en Suisse, à consommer des produits suisses et, dans la mesure du possible, à prendre en compte les soumissionnaires régionaux.

Antrag Grüne (Vanoni, Zollikofen)

Ergänzung, neue Ziffer 7: Um dieser Erklärung besonderen Nachdruck zu verleihen und ihre Dringlichkeit zu betonen, ruft der Grosse Rat – ausgehend vom Aufruf der «Klimastreik»-Bewegung und dem Beispiel anderer Kantone und Gemeinden folgend – den so genannten «Klimanotstand» aus.

Proposition Les Verts (Vanoni, Zollikofen)

Ajout d'un nouveau chiffre 7: Afin de donner un poids particulier à cette Déclaration et d'insister sur son caractère urgent, le Grand Conseil déclare l'état d'urgence dit climatique – en réponse à l'appel lancé par le mouvement de grève pour le climat et comme l'ont fait différents cantons et communes.

Antrag SVP (Knutti, Weissenburg)

Ergänzung, neue Ziffer 8: Der Grosse Rat anerkennt, dass eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung gemäss Bundesverfassung zum nachhaltigen und haushälterischen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen beiträgt.

Proposition UDC (Knutti, Weissenburg)

Ajout d'un nouveau chiffre 8 : Le Grand Conseil reconnaît que la liberté de régulation de l'immigration conformément à la Constitution fédérale contribue à l'utilisation durable et économe de nos ressources naturelles.

Antrag Freudiger, Langenthal (SVP)

Ergänzung, neue Ziffer 9: Der Grosse Rat sieht in der Umnutzung und moderaten Erweiterung bestehender Bauten eine Chance zum nachhaltigen und haushälterischen Umgang mit dem Boden.

Proposition Freudiger, Langenthal (UDC)

Ajout d'un nouveau chiffre 9: Le Grand Conseil voit dans la transformation et l'extension modérée des constructions existantes une opportunité d'utiliser le sol de manière durable et économe.

Antrag SVP (Krähenbühl, Unterlangenegg)

Ergänzung, neue Ziffer 10: Der Grosse Rat leitet Massnahmen in die Wege, um die regulatorischen und rechtlichen Hürden zur Förderung erneuerbarer Energien abzubauen, insbesondere betreffend den Bau neuer Wasser-, Wind- und Solarenergieanlagen.

Proposition UDC (Krähenbühl, Unterlangenegg)

Ajout d'un nouveau chiffre 10 : Le Grand Conseil lance des mesures destinées à éliminer les obstacles juridiques et de régulation à l'encouragement des énergies renouvelables, en particulier en ce qui concerne la construction d'installations de production d'énergie hydraulique, éolienne et solaire.

Peter Flück, Interlaken (FDP), Kommissionssprecher der BaK. Die BaK hat mit der vorliegenden und heute zur Diskussion stehenden «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik» den Auftrag umgesetzt, den wir anlässlich der Märzsession vom Grossen Rat erhalten haben. Sie erinnern sich: Es lagen damals zwei Anträge vor, einerseits der Antrag von Grossrat Vanoni und Mitunterzeichnende, wonach gestützt auf die ausserordentlichen Umstände eine «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik» ins Programm des Grossen Rates aufzunehmen sei. Ein Entwurf einer Erklärung lag damals ebenfalls vor. Andererseits stellte auch Grossrätin Luginbühl einen Antrag und forderte ebenfalls eine entsprechende Erklärung. Sie formulierte aber klar, dass die BaK einen Vorschlag zuhanden des Grossen Rates machen solle. Der Antrag Vanoni wurde dann zurückgezogen und der Antrag Luginbühl mit 110 zu 39 Stimmen bei 5 Enthaltungen überwiesen. Daraufhin setzte sich die BaK intensiv mit der Thematik auseinander. Zuerst hörte die Kommission einen spannenden Vortrag von Herrn Knutti – nein, nicht der mit dem Wolf, sondern von Reto Knutti von der ETH Zürich. Er hielt ein hochinteressantes Referat. Reto Knutti leitet die entsprechende Abteilung an der

ETH Zürich. Herr Knutti ist zudem Hauptautor des Klimaberichts des Weltklimarats, also des Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC). Herr Knutti zeigte in seinem Referat auf, was die Wissenschaft im Zusammenhang mit dem Klimawandel erforscht hat und welche Massnahmen die Wissenschaft vorschlägt, um den Klimawandel zu verlangsamen. Deutlich hob er hervor, dass die Gesellschaft, also auch die Politik, gefordert ist, die von der Wissenschaft vorgeschlagenen Massnahmen umzusetzen.

Wir setzten uns auch mit dem auseinander, was in anderen Kantonen abgelaufen war. Sie haben es mitbekommen. Basel, Zürich und verschiedene andere Städte machten sich auch für dieses Thema stark. Bei uns im Kanton Bern ist das Instrument dafür eben der Erklärung. Sie erinnern sich bestimmt, dass die BiK dieses Instrument erstmals und bisher einmalig im Rahmen der Diskussionen um die Berner Fachhochschule (BFH) hier ins Parlament brachte. Die Erklärung soll eine grundsätzliche Position des Grossen Rates ermöglichen, ohne weitere Entscheide oder konkrete Massnahmen vorwegzunehmen. Dabei sollen sich die Fraktionen zu diesem bestimmten Thema äussern können. Thematisch bestehen für eine Erklärung keine Vorgaben, sie eignet sich aber – wie vorliegend – wohl vor allem für Themen, die einerseits aktuell sind und andererseits gleichzeitig stark emotionale Komponente beinhalten. Wie gesagt, in einer derartigen Grundsatzerklärung werden keine sachpolitischen Entscheide vorweggenommen. Die Erklärung soll auch nicht einzelne Massnahmen beinhalten. Sie soll vielmehr dazu beitragen, dass der hohen Dringlichkeit entsprechend strukturiert und dieser in angemessener Form Rechnung getragen wird.

In der Kommission unterhielten wir uns auch über den Begriff «Klimanotstand» und verzichteten bewusst – ich unterstreiche dies hier – auf diese Formulierung. (*Unruhe / Agitation dans la salle*) Seien Sie bitte etwas ruhiger! – Einen Notstand kann nach unseren Verfassungs- und Gesetzesvorgaben nur die Exekutive erklären. Dies ist dann vorgesehen, wenn ordentliche Gesetzgebungsprozesse insbesondere zeitlich nicht ausreichen, um einen Notstand zu beheben. Daran sollten wir uns aus der Sicht der BaK, beziehungsweise hoffentlich auch aus der Sicht des Grossen Rates, halten. Was zu Recht für Demonstrationen taugt, ist nicht zwingend auch für ein Kantonsparlament tauglich.

Erlauben Sie mir dazu noch eine persönliche Bemerkung. Anlässlich der grossen Zerstörung, welche zwei Wildbäche im Jahr 2005 in unserem Dorf anrichteten, erfuhr ich als Gemeindepräsident von Brienz sehr direkt, was es heisst, wenn tatsächlich ein Notstand herrscht. Davon kann hier aus meiner Sicht nicht gesprochen werden, die zeitlichen Dimensionen sind ganz anders. Ich denke, wir tun gut daran, den Notstand dann auszurufen, wenn die Zeit tatsächlich nicht ausreicht, um den Notstand auf Gesetzesebene und so weiter zu beheben und die Situation zu verändern.

Zum Inhalt der Erklärung, wie sie hier und heute vorliegt, habe ich noch folgende Bemerkungen: In den Artikeln 2 und 3 wird von Priorisierung gesprochen. Massnahmen und Geschäfte sollen prioritär behandelt werden. Wer ist denn für diese Priorisierung verantwortlich? – Auch darüber unterhielten wir uns in der BaK und kamen zum Schluss, dass wir verschiedene Organe haben, die diese Priorisierung vornehmen können. Es ist dies einerseits das Ratsbüro, andererseits kann auch das Kommissionspräsidium Vorschläge unterbreiten. Selbstverständlich hat der Grosse Rat wie auch die Kommission selbst die Möglichkeit, diese Priorisierung auf Antrag und Abstimmung zu ändern.

In Punkt 4 wird der IPCC-Bericht erwähnt. Dieser Bericht schien auch einigen Mitgliedern in der BaK zu umfangreich und zu bindend. Wir stellten in der Kommission jedoch fest, dass dieser Bericht die aktuelle klimatische Situation darstellt und anschliessend Vorschläge macht, wie diese zu beheben sind. Die Umsetzung oder mögliche Massnahmen sind dann Entscheide der jeweiligen zuständigen Organe. Die IPCC ist die best anerkannte, internationale wissenschaftliche Institution. Sie basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen ohne moralische oder politische Wertungen.

Die BaK beantragt Ihnen mit 13 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Erklärung, wie sie hier vorliegt, zu beschliessen. Wir haben damit ein Grundlagenpapier, das uns Grundzüge für das weitere Vorgehen aufzeigt. Es soll uns aber auch immer wieder daran erinnern, was wir hier drin erklärt haben. Ich bitte Sie im Namen der Kommission, den Antrag zu unterstützen.

Präsident. Besten Dank, Sie hätten noch 2 Minuten Redezeit zugute gehabt. Somit kommen wir zu den Antragstellenden. Diese werden ebenfalls – ich betone es nochmals – der Redezeit der Fraktionen angerechnet. Als erster Antragsteller hat Daniel Bichsel das Wort.

Daniel Bichsel, Zollkofen (SVP). Anlässlich der Vorberatungen zu dieser Klimaerklärung wurde verschiedentlich über deren Stellenwert, beziehungsweise über deren rechtliche Wirkung, gesprochen und bereits ordentlich darüber diskutiert. Dabei wurde immer wieder ins Feld geführt, dass

diese Erklärung formell, beziehungsweise rechtlich, nicht bindend sei, beziehungsweise keine rechtliche Relevanz entfalte. Somit hat diese Erklärung einen rein deklaratorischen und deklamatorischen Charakter. Rechtlich ist sie eben nicht bindend. Die darin aufgeführten und formulierten Absichten stehen nicht über den geltenden Regeln wie zum Beispiel jenen unseres eigenen Parlamentsbetriebs. Die Umsetzung des Wunsches, gewisse Prozesse zu beschleunigen, muss im Rahmen der geltenden Vorschriften erfolgen, ebenso die Absicht, gewisse Berichte und weitere Entscheidungsgrundlagen besonders zu gewichten.

Aus diesen Gründen schlagen wir Ihnen eine Ergänzung der Präambel dieser Erklärung vor, wonach die Erklärung des Grossen Rates eben richtungsweisenden Charakter hat und keine sachpolitischen Entscheide des Kantons vorwegnimmt. Die Zuständigkeiten von Regierung und Parlament bleiben ausdrücklich bewahrt, ebenfalls bleiben die Volksrechte unangetastet. So der Wortlaut der Ergänzung der Präambel. Es geht uns darum, dass vor allem auch diejenigen Leute, die diese Erklärung lesen, ohne unsere ganzen Gesetzesbestimmungen zu kennen, das heisst vor allem auch Bürgerinnen und Bürger, die weniger mit den Regeln und der Wirkung einer Erklärung des Grossen Rates vertraut sind, gleich von Beginn an wissen, was Sache ist. Im Namen der SVP-Fraktion ersuche ich Sie, diesem Ergänzungsantrag zuzustimmen. Danke.

David Stampfli, Bern (SP). Die SP steht einstimmig hinter dieser Erklärung zur Klimapolitik. Wir danken der BaK für die Ausarbeitung dieses sehr guten Entwurfs. Allerdings sind wir der Meinung, es fehle noch etwas. Deshalb beantragen wir, dass der Grosse Rat nicht nur den Klimawandel als solchen anerkennt, sondern dass er auch den Klimanotstand erklärt. Es geht dabei nicht um die Ausrufung von Notrecht, wie fälschlicherweise mehrfach behauptet wurde. Wir möchten aber, dass der Grosse Rat klar deklariert, dass er den Klimawandel und die Auswirkungen davon sehr ernst nimmt. Wir haben nämlich insofern einen Notstand, als wir nicht sofort handeln.

Letztlich geht es auch um ein Signal an die Bevölkerung. Der Begriff «Klimanotstand» ist nun einmal in aller Munde. Das mag einem gefallen oder nicht. Wir als Grosser Rat sollen der Bevölkerung doch zeigen, dass wir dies ernst nehmen. Wenn wir den Notstand erklären, dann benennen wir diesen auch so, ohne Abschwächung. Wir wollen sagen, dass es ein Notstand ist, kein sogenannter Notstand, sondern ein Notstand, sofern wir jetzt nicht Massnahmen ergreifen. Wenn wir dies tun, gehört es auch nicht an den Schluss der Erklärung, sondern an den Anfang, in die Präambel. Deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Vielen Dank.

Lars Guggisberg, Kirchlindach (SVP). Kommen wir jetzt von der Symbolpolitik etwas mehr zum Pragmatismus und zur Alltagspraxis. Umweltschutz beginnt nämlich beim einzelnen Bürger, bei jeder einzelnen Bürgerin, vor der eigenen Haustür, vor den eigenen vier Wänden. Die Ergänzung der Ziffer 6 soll ins Bewusstsein rufen, dass jeder Einzelne etwas zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen kann. Es geht um Eigenverantwortung. Namentlich geht es ums Einkaufs- und Konsumverhalten von Privatpersonen und um Beschaffungen von Gemeinwesen und Unternehmungen. «Warum in die Ferne schweifen? Das Gute liegt so nah.» – Wenn das auch noch für die Umwelt gut ist, umso besser. Es ist deutlich umweltfreundlicher, in der Schweiz einzukaufen, statt hunderte Kilometer zurückzulegen, um im grenznahen oder entfernten Ausland summa summarum am Schluss vielleicht etwas günstiger wegzukommen. Es ist deutlich umweltfreundlicher, Schweizer Produkte einzukaufen als solche, die tausende Kilometer durch halb Europa gekarrt oder von noch weiter hergeflogen oder hergeschifft wurden. Hinzu kommt, dass Schweizer Produkte in aller Regel unter strengeren Umweltschutzbestimmungen hergestellt werden als Importgüter. Die Schweizer Landwirte haben deutlich strengere Tierschutzbestimmungen zu beachten als ihre ausländischen Berufskolleginnen und -kollegen. Zudem tragen unsere Bauern bei der Produktion ihrer hochwertigen Produkte beim sorgfältigen Umgang mit dem Grund und Boden zur Landschaftspflege und auch zur Aufwertung von Tourismusregionen bei. Das ist Umweltpflege und damit auch Umweltschutz. Die Annahme unseres SVP-Antrags hätte auch einen positiven Nebeneffekt. Unser Gewerbe, unsere Landwirtschaft und unser Tourismus würden gestärkt. Dies schafft zusätzliche Arbeitsplätze und Lehrstellen. Dagegen kann hoffentlich niemand sein! Danke, wenn Sie unseren Antrag unterstützen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Mein Vorredner hat gesagt, wir gingen weg von der Symbolpolitik. Wir gehen jetzt nicht zurück zur Symbolpolitik, wenn ich mich zur Erklärung des Grossen Rates äussere. Diese ist ein besonderes Instrument, von dem der Grosse Rat oder auch die Regierung in besonderen Situationen Gebrauch machen können. Die Regierung machte zum Beispiel nach dem Atomunfall von Fukushima davon Gebrauch. Wir fünf Ratsmitglieder aus fünf verschiedenen Parteien

brachten dieses hier zum Thema Klimapolitik aufs Tapet. Peter Flück hat gesagt, wie sich die BaK mit dem Entwurf, den wir in der letzten Session einreichten, befasst hat. Das Resultat der Kommissionsarbeit – das möchte ich vorausschicken – ist erfreulich: Die wesentlichen Anliegen des damaligen Entwurfs wurden aufgenommen und werden offenbar von einer breiten Mehrheit der BaK unterstützt. Entscheidend ist, dass in dieser Erklärung keine detaillierten Massnahmen aufgeführt sind, sondern es ist ein grundsätzliches Bekenntnis zur Notwendigkeit verstärkten Handelns im Bereich Klimapolitik.

Nur etwas vermisse ich, vermissen wir Grünen und sicherlich noch weitere Klimabewegte im Entwurf der BaK. David Stampfli hat es bereits angesprochen. Es fehlt eine klare Bezugnahme zur Klima-Streikbewegung und ihrer Forderung nach der Erklärung eines sogenannten Klimanotstands. Im Entwurf, den wir in der letzten Session einreichten, war noch vorgesehen, die konkreten Zielsetzungen zu erwähnen und die entstandene Klimabewegung zu würdigen. Davon steht in der Erklärung, wie sie die BaK nun vorschlägt, jetzt kein Wort mehr. Doch Hand aufs Herz: Ohne Klimastreik-Bewegung würden wir heute nicht über diese Erklärung diskutieren. Aus Sicht der Grünen ist es deshalb nicht mehr als fair und angemessen, die Klimabewegung und ihre Anliegen in die Erklärung aufzunehmen – in aller Kürze, die nötig ist.

Mit unserem Antrag wollen wir den anderen Punkten der Erklärung, die unbestritten sind, den nötigen besonderen Nachdruck verleihen und die Dringlichkeit eines verstärkten Klimaschutzes betonen. Schon in der Märzsession wurde ich gefragt und jetzt immer wieder, was denn mit dem Begriff «Klimanotstand» gemeint sei. Dieser Begriff – ich musste mich selbst kundig machen – kommt ursprünglich aus dem Englischen und wurde schon vor zehn Jahren bei Demonstrationen für den Klimaschutz gebraucht, zum Beispiel in Melbourne. «Climate emergency» heisst es auf Englisch. «Emergency» heisst nicht zwingend nur Notstand, sondern kann mit Notlage oder mit Notfall übersetzt werden. Ein «Climate Emergency Plan» wurde übrigens schon vom «Club of Rome» dem europäischen Parlament präsentiert, bevor die ersten Klimastreiks in der Schweiz stattfanden. Sie erinnern sich, oder wenigstens erinnern sich diejenigen mit grauen Haaren: Der «Club of Rome» wurde vor gut fünfzig Jahren von Industriellen gegründet und löste 1972 mit seiner berühmten Studie eine breite Diskussion über die Grenzen des Wachstums aus. Klimanotstand ist also ein Begriff, der durchaus auch von etablierten und bekannten Kräften gebraucht wird.

Nach den grossen Klima-Demonstrationen mit 60 000 Leuten in 14 Städten erklärte der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt als erstes Parlament der Schweiz den Klimanotstand. Er betonte dabei, dass die entsprechende Resolution keine rechtliche Bindung entfalte. Aus Rücksicht auf Einwände gegen den Begriff Klimanotstand wurde in der Basler Erklärung der englische Begriff eingefügt und in einer Fussnote dazu erklärt: «Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmassnahmen sein.» Mittlerweile sind auch andere Parlamente dem Beispiel von Basel-Stadt gefolgt, Gemeinden wie Liestal, Olten und Wil, also durchaus nicht etwa grosse rotgrün beherrschte Städte, sondern auch bürgerlich geprägte Kantonsparlamente wie jenes der Waadt, des Jura oder von Zürich. Vor einer Woche erklärte denn auch der Berner Gemeinderat den Klimanotstand.

Wenn wir den Antrag der Grünen für einen zusätzlichen Punkt 7 in der Erklärung annehmen, sind wir also in guter Gesellschaft und können den Zusatz auch ohne juristische Bedenken in die Erklärung aufnehmen. Deshalb haben wir in unserem Antrag extra nicht einfach «Klimanotstand» geschrieben, sondern von einem «sogenannten Klimanotstand» geschrieben und diesen in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt. Das heisst, wir zitieren also den Begriff, wie ihn die Klimastreik-Bewegung verwendet. Und wir machen damit auch einen klaren Unterschied zum Notstandsbegriff des schweizerischen Rechts.

Ich bitte Sie also, dem Antrag der Grünen zuzustimmen. Wir Grüne wollen damit auch die Klimastreik-Bewegung würdigen. Diese ist erstens ein Ausdruck der tiefen Besorgnis vieler junger und älterer Menschen um unsere Zukunft. Zweitens ist es ein Zeichen der gewachsenen Bereitschaft zu verstärktem Handeln auf persönlicher und politischer Ebene. Drittens sollte es eigentlich ein Auftrag an uns sein, rasch konkrete Schritte in die Wege zu leiten in Richtung netto null Treibhausgas-Emissionen, wie dies auch der IPCC, der zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaveränderungen, der in der Erklärung erwähnt wird, anstrebt. Bis wann wollen wir netto null CO₂-Emissionen erreichen? – Über das Datum wird gestritten. Für mich ist es jedoch einfach: lieber früher als zu spät.

Präsident. Ein kleiner Zwischenstand: Das waren 6 Minuten und 45 Sekunden. Als nächster Antragsteller Thomas Knutti. Sie haben das Wort.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich möchte es vorwegnehmen: Die SVP steht zu einer kontrollierten Einwanderung in unser Land. Ich muss Ihnen aber sagen, dass wir momentan eine Situation haben, die uns aus dem Ruder läuft. Unsere Ressourcen kommen langsam an den Anschlag. Ich denke hier vor allem an den Strassenbau. Ich denke an die Staus, die wir haben, ich denke an den ÖV-Ausbau und an den Landverbrauch. Geschätzte Anwesende, Tatsache ist: Die Schweiz hat die selbstständige Kontrolle über die Zuwanderung momentan total verloren. In Zahlen heisst das, dass im Jahr durchschnittlich 83 000 Personen in unser Land einwandern. Das heisst aber auch, dass in den letzten Jahren die Bevölkerung in der Schweiz um rund 1 Million zugenommen hat.

Welches sind die Folgen, die Folgen dieser masslosen Zuwanderung in unser Land? – Die Mietpreise steigen, die Bodenpreise steigen. Wir haben raumplanerische Probleme und Probleme mit der Infrastruktur der Schulen, Arbeitslosigkeit und Probleme im Gesundheitswesen. Geschätzte Anwesende, Sie, die Mehrheit des Grossen Rates, haben gewünscht, dass wir hier und heute eine Klimadebatte führen. Die SVP sieht einen ganz klaren Zusammenhang mit der Einwanderung. Ich hoffe, Sie können dem folgen und werden auch Farbe bekennen. Will man hier drin nämlich Klimapolitik machen, muss man eine ehrliche Klimapolitik machen und keine «Knechtschaftspolitik». Denn unser Logo seitens der SVP ist und bleibt grün, selbst wenn man daran kratzt. Das grosse Wort ist ja CO₂-Ausstoss. Sie alle wissen haargenau, dass auch der Mensch CO₂ ausstösst, jährlich 370 Kilogramm beim Ausatmen. Ich hoffe aber, dass die Grünen nicht gleich eine Motion machen, um das Ausatmen zu verbieten.

Wenn man jetzt sagt, die Einwanderung gehöre nicht hierhin, diese könne hier nicht thematisiert werden, dann muss ich Ihnen sagen: Auch die Klimapolitik kann man hier drin nicht «verpolitisieren». Deshalb appelliere ich an die Selbst- und Eigenverantwortung. Alles andere, was gemacht wird, ist Heuchlerei. Deshalb unterstützen Sie diese Planungserklärung! Danke.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP). Ich unterbreite Ihnen einen moderat abgefassten und moderat gemeinten Vorschlag. Dieser gibt der linken Seite namentlich die Gelegenheit, zu zeigen, dass man Klimapolitik nicht nur als Parteipolitik betrachten kann, sondern auch Hand geboten wird zu Lösungen, die auch überparteilich abgesegnet sind und von anderer Seite kommen. Denn auch die Bürgerlichen kümmern sich ums Klima. Worum geht es? – Oft ist von Nachhaltigkeit die Rede. In der Erklärung des Grossen Rates ist die Rede davon. Ich erachte unsere Bausubstanz, die wir in Stadt und Land haben, als Möglichkeit, nachhaltig zu politisieren und nachhaltig Ressourcen zu schonen. Dies innerhalb und ausserhalb der Bauzone. Anstatt dass wir aufgrund einer wachsenden Bevölkerung immer neue Flächen einzonen müssen, am besten gleich Fruchtfolgefleichen, und anstatt dass man immer neue, unansehnliche Hochhäuser bauen muss, wäre es doch eine nachhaltige Lösung, die heute bereits stehenden Häuser besser zu nutzen. Es soll also kein neues Land gebraucht, sondern die bestehenden Häuser genutzt werden. Und nochmals: Dies gilt innerhalb und ausserhalb der Bauzone. In dieser Hinsicht und Richtung hat sich der Grosse Rat bereits mehrfach geäussert.

Ein, zwei Beispiele in aller Kürze. Wenn es heute nicht mehr möglich ist, eine Dusche auf einer anständigen Höhe einzubauen, um sich nicht hinknien zu müssen, während man duscht, ist dies nicht effizient. Eine solche Liegenschaft verliert an Wert. Wenn man eine Waschküche von 10 Quadratmetern nicht mehr einbauen kann, verliert das Gebäude an Wert. Wenn man bestehenden Lagerraum eines Wohngebäudes nicht umnutzen kann, verliert das Gebäude an Wert. Es wird unattraktiv, und vor allem kann es auf die Dauer nicht sinnvoll bewohnt werden. Gehen die bestehenden Bewohner raus, muss neu eingezont und neue Fläche gebraucht werden. Wir möchten hier einen Prioritätenwechsel im Rahmen dieser Klimaerklärung. Wir möchten, dass man bestehende Substanz nutzt, statt immer neu zu bauen. Wir sind uns bewusst, dass man mit einer solchen Erklärung keine Einladung an ein globales Klimatreffen erhält und auch nicht gross in den Zeitungen porträtiert wird. Man ist auch nicht so attraktiv wie mit Schulschwänzen fürs Klima. Es ist aber ein konkreter Beitrag, um etwas für unsere Nachhaltigkeit, für unsere natürlichen Ressourcen zu tun. Danke.

Samuel Krähenbühl, Unterlagenegg (SVP). Ich lege hier gleich meine Interessenbindungen offen. Ich bin Präsident und Gründungsmitglied der Interessengemeinschaft (IG) Windpark Honegg-Eriz. Seit mittlerweile acht Jahren, also nicht erst seit dem Greta-Zeitalter, kämpfen wir dafür, auf der Honegg, im Eriz, einen Windpark bauen zu können. Luft hätte es genug, das wissen wir schon lange, etwa wie bei ähnlichen Standorten wie auf dem Mont-Crosin im Berner Jura. Potenzielle Investoren hätten wir auch. Doch leider ist der Weg zur Realisierung lang, sehr lang. Zuerst wollte der Kanton dieses Projekt nicht in den kantonalen Windrichtplan aufnehmen. Danke einer Motion von

mir, über die wir am 20. November 2014, also vor fast fünf Jahren, abstimmten, kam die Honegg dann im Jahr 2016 in den kantonalen Richtplan. Interessanterweise – nun müssen Sie, hier drüben, gut zuhören (*Der Redner wendet sich an die Ratslinke. / L'orateur s'adresse au rangs de la gauche.*) – kam der grösste Widerstand von Ihrer Seite. Hier wurde eigentlich zugestimmt, aber Sie waren dagegen. Eine der überwiesenen Forderungen lautete, dass die Planungsverfahren beschleunigt werden sollen. Leider ist dies bis heute nicht der Fall. Der kantonale Windrichtplan trat 2016 in Kraft. Jetzt muss es wiederum auch in einen regionalen Windrichtplan. Weshalb dem so ist, weiss niemand. Dabei werden 700-mal dieselben Dinge evaluiert. Erst dann kann man mit einer Windmessung, das heisst mit einem Mast während eines Jahres, weiterfahren. Zig Beispiele aus der ganzen Schweiz, zum Beispiel aus dem Kanton Appenzell, wo es auch eine Honegg gibt, beweisen, dass es letztendlich abgeschossen wird. Vor allem sind häufig die Umweltverbände dahinter, wie Herr Rodewald von der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, Pro Natura, WWF, Vogelschutz und so weiter und so fort. In ihren Sonntagsreden sind sie zwar immer für erneuerbare Energie. Wenn es aber konkret wird, sind sie jeweils gleich dagegen im Sinne von: Wir sind zwar schon dafür, aber gerade jetzt nicht und nicht an diesem Ort. Das ist dann die Argumentation. Ich behaupte – es ist zwar etwas ketzerisch –, es wäre fast einfacher, im Kanton Bern ein neues Kernkraftwerk zu bauen als einen neuen Windpark. Hier muss endlich etwas geschehen! Es bringt auch überhaupt nichts, wenn wir die Erdölpreise verteuern, ohne dass wir eine Alternative haben. Deshalb fordern wir seitens der SVP, dass der Kanton Bern endlich vorwärts macht bei der Förderung von erneuerbaren Energien, konkret beim Planen und Bewilligen. Konkret fordern wir mit dem Antrag für eine neue Ziffer 10: «Der Grosse Rat leitet Massnahmen in die Wege, um die regulatorischen und rechtlichen Hürden zur Förderung erneuerbarer Energien abzubauen, insbesondere betreffend den Bau neuer Wasser-, Wind- und Solarenergieanlagen.» Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Denn eine Liberalisierung in diesem Bereich bringt unserem Klima und unserer Energiezukunft definitiv mehr als immer nur neue Steuern und Verbote. Danke.

Präsident. Somit sind wir mit den Antragstellenden durch. Zuerst gebe ich nochmals dem Kommissionssprecher das Wort. Danach bitte ich Sie, sich seitens der Fraktionen anzumelden. Besten Dank.

Peter Flück, Interlaken (FDP), Kommissionssprecher der BaK. Ich hätte zuerst noch einen grünen Kugelschreiber zu vergeben. Dieser ist hier liegen geblieben. Ich teile Ihnen rasch die Haltung der BaK zu diesen Anträgen mit. Wir haben uns heute Mittag noch kurz beraten. Zum Antrag von Kollege Bichsel: Hier sind wir der Meinung, es müsse nichts Weiteres in die Erklärung geschrieben werden, das ohnehin schon so ist. Wir alle wissen, wie sich dies verhält. Ich habe in meinem Votum erklärt, dass eben keine Verbindlichkeit besteht. Deshalb sind wir der Meinung, dies müsse nicht noch explizit in diese Erklärung hineingeflickt werden.

Zum Klimanotstand habe ich mich bereits geäussert. Zu David Stampfli möchte ich noch sagen, dass ich hier drin nicht behauptet habe, dass es so sei. Die BaK ist klar der Meinung, dass man nicht hier ein wenig Notstand haben kann und dort ein bisschen einen anderen Notstand. Das wird nicht funktionieren. Entweder wir haben einen Notstand, oder wir haben keinen. Deshalb lehnt die BaK diesen Antrag ab.

Zu den Anträgen der SVP. Diesbezüglich ist es so, dass die BaK eigentlich erfreut zur Kenntnis genommen hat, dass man konkrete Massnahmen fordert. Die BaK ist aber klar der Meinung, dass es nicht die Flughöhe des Papiers ist, über das wir befinden. Deswegen lehnt die BaK die Anträge der SVP ebenfalls mehrheitlich ab wie auch den Antrag von Herrn Vanoni. Die BaK lehnt also sämtliche Anträge, wie sie hier vorliegen, grossmehrheitlich ab.

Präsident. Bevor wir zu den Fraktionssprechenden kommen, begrüsse ich eine Gruppe. Es ist der Stab RMS des Bundesamts für Polizei (Fedpol) des Eidgenössischen Justiz-, und Polizeidepartements (EJPD), wobei wir noch nicht herausgefunden haben, was RMS heisst. Auch Patrick Trees weiss es nicht. Sie sind unter der Leitung von Lisa Trees hier. Herzlich willkommen! (*Applaus / Applaudissements*) Somit kommen wir zu den Fraktionen, zuerst zur glp mit Michael Köpfli.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp). Der Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, und die Zeit drängt. Die glp steht klar für eine Schweiz, die beim Klimaschutz und bei den sauberen Technologien international eine Vorreiterrolle einnimmt. Dies ist nicht nur eine umweltpolitische Notwendigkeit, sondern aus unserer Sicht auch eine grosse Chance für die Wirtschaft, die

Wirtschaft in der Schweiz, aber auch für Wirtschaft und Gewerbe im Kanton Bern. Leider wurde diese Chance in den vergangenen Jahren verkannt, vor allem von der Politik. Man muss sagen, dass sich die Wirtschaft eigentlich sehr gut entwickelt hat. Wir haben eine starke Cleantech-Industrie. Die Politik hängt jedoch noch sehr in den vergangenen Zeiten fest. So auch letzten Dezember, als der Nationalrat bei der Revision des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz) alle wirksamen Ziele ablehnte und eigentlich auch die nötigen Massnahmen. Insbesondere sollen der Strassen- und der Flugverkehr nach wie vor nicht einbezogen werden. Zum Glück ist die Bevölkerung erwacht und insbesondere auch die Jugend. Wahrscheinlich ... Nein, nicht wahrscheinlich, sondern offensichtlich hat es diesen Weckruf gebraucht! Sonst hätte die Forderung nach mehr Klimaschutz nicht diese Breitenwirkung entfaltet. Die Wirkung ist offensichtlich. Immerhin versucht eine Bundesratspartei, sich gerade neu zu erfinden, nicht zuletzt aufgrund dieser Eindrücke.

Auch im Kanton Bern können wir einen grossen Beitrag leisten, um in der Schweiz im Klimaschutz eine Vorreiterrolle einzunehmen. Wir unterstützen deshalb die vorliegende Erklärung der BaK, danken auch für die Arbeit und werden mit Überzeugung zustimmen. Wir sind im Rahmen dieser Erklärung, explizit im Rahmen dieser Erklärung, auch bereit, uns hinter den Begriff «Klimanotstand» zu stellen. Ich danke für die Ausführungen von Bruno Vanoni. Für uns ist auch klar: Hier geht es nicht um eine gesetzgeberische Handlung und auch nicht um Notstandsrecht, sondern darum, dieser Notwendigkeit klar Ausdruck zu verleihen und sich vielleicht auch gegenüber der Bevölkerung mit einem Wort, das jetzt stellvertretend für diese Diskussion steht, klar zu dieser Diskussion zu bekennen. Viel entscheidender als diese Erklärung oder einzelne Wörter dieser Erklärung werden aber schlussendlich Massnahmen sein, die wir im Anschluss beschliessen werden. Dort wird es zur Nagelprobe kommen, nicht jedoch heute, wenn wir über die Erklärung abstimmen. Das heisst für den Kanton Bern, dass wir gerade beim Verkehr dem Klimaschutz eine viel grössere Priorität einräumen müssen. Das Motto muss «Intelligenz statt Beton» lauten. Das heisst kein laufendes Ausbauen der Infrastruktur, sondern Investitionen in ein intelligentes Verkehrsmanagement und in Verkehrsvermeidung. Ganz konkret: Wir müssen zum Beispiel schauen, dass wir endlich die Verkehrsspitze glätten können und nicht wegen einzelner Verkehrsspitzen von einer bis zwei Stunden im Tag laufend die Infrastruktur ausbauen. Wir sind aber auch überzeugt, dass es eine verursachergerechtere Finanzierung braucht. Leider entschied der Grosse Rat gerade in jüngster Vergangenheit in diesen Bereichen anders. Ich denke an diverse Strassenbauprojekte, die man beschlossen hat. Ein verursachergerechtes Mobility-Pricing wurde vom Grossen Rat explizit verboten, und aktuell möchte der Regierungsrat sogar eine Beteiligung am Flughafen in Betracht ziehen. Hier erwarten wir ein Umdenken. Wir wollen aber auch zugeben, dass es ermutigende Signale gibt. Namentlich schafft die überwiesene Motion zur Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer (*M 171-2018*), die insbesondere auch dank der Freisinnigen und der BDP mehrheitsfähig wurde, ökologische Anreize, und zeigt, wie wir im Kanton Bern mit liberalen Massnahmen einen Beitrag an mehr Klimaschutz leisten können.

Damit wäre ich bei diesen Chancen. Mehr Klimaschutz – davon sind wir überzeugt – schafft, intelligent angewendet, auch grosse Chancen für unsere Wirtschaft und unser Gewerbe. Das erreichen wir insbesondere dann, wenn wir den Übergang vom Fördern zum Lenken rasch und konsequent umsetzen. Damit werden Subventionen und viele Regulierungen überflüssig. Es wird immer noch sehr viel Energie ungenutzt verschwendet, weil sie zu wenig kostet, weil wir keine Kostenwahrheit haben. Dort hätten wir gute Möglichkeiten, nicht nur um Geld zu sparen, sondern auch, um unsere Cleantech-Industrie voranzubringen. Investitionen in erneuerbare Energien sind nämlich bei einer Vollkostenrechnung schon heute wirtschaftlich überlegen. Eine kleine Zwischenbemerkung: Das gilt nicht nur in Bezug oder im Vergleich mit fossilen Treibstoffen oder Energieträgern, sondern insbesondere auch gegenüber der Kernkraft, die jetzt wieder ins Spiel gebracht wird. Diese mag zwar betreffend CO₂ tatsächlich eine Alternative sein. Die ungelösten Risiken – das Endlagerproblem –, vor allem aber führen die Kosten dazu, dass die Kernkraft bei einer Vollkostenrechnung absolut unrentabel ist und sicher nicht als Alternative wieder ins Spiel gebracht werden darf. Dies zeigen die diversen Projekte im Ausland, aber auch die Rückbauprojekte im nahen Ausland. Wir sollten den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben. Wenn die Schweizer Wirtschaft auf Cleantech setzt, werden wir auch einen «first mover advantage» haben. Wir werden zu einer Exportbranche werden. Denn weltweit haben sich praktisch alle Länder zum Klimaabkommen von Paris bekannt. Diejenigen, die sich zuerst an die neuen Begebenheiten anpassen, werden einen Vorteil haben. Deshalb werden wir der Erklärung zustimmen, sagen aber ganz klar, dass nicht der heutige Tag entscheidend ist, sondern die ganz konkreten Massnahmen und Abstimmungen, die wir in naher Zukunft hier drin treffen werden.

Zu den Anträgen kann ich, wie erwähnt sagen: Denjenigen von Rot-Grün können wir zustimmen, die SVP-Anträge lehnen wir ab. Wir haben einzig für den Antrag Krähenbühl gewisse Sympathien. Ich denke, gerade im Bereich Solar-, aber auch Windenergie trifft er einen wunden Punkt. Dort wurden tatsächlich sinnvolle Projekte, vor allem im Bereich Wind, immer wieder blockiert. Es ist aber halt auch Wasser enthalten. Dort muss man dann doch aufpassen. Es gibt zum Teil tatsächlich Kleinwasserprojekte, die nicht effizient sind und zusätzlich zum Teil sehr starke Auswirkungen auf die Biodiversität haben. Der Antrag ist halt sehr breit gefasst, aber er trifft durchaus einen wunden Punkt. Dies allerdings auch in Bereichen, wo man zurückhaltend bleiben muss. Deshalb wird es dort wahrscheinlich ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten geben.

Präsident. Bevor ich Anita Luginbühl das Wort erteile, folgender Hinweis, damit Sie es wissen. An alle, die immer wieder zu Monika Müller schauen, wenn es knistert: Es liegt nicht an ihr, sondern am Lautsprecher, der ein Problem hat. Dieses wurde heute Morgen zu lösen versucht. Offenbar gelang es nicht ganz. Wenn es dort drüben knistert, ignorieren Sie es bitte. Sollte es schlimmer werden, würden wir den Lautsprecher vom Netz nehmen und ausschalten. Vielen Dank. Anita Luginbühl, Sie haben das Wort.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Die BDP verlangte in der Märzsession das Vorgehen, wonach die BaK dem Parlament eine überarbeitete Version der «Erklärung zur Klimapolitik im Kanton Bern» vorlegen soll. Peter Flück hat es erwähnt. Diese Version liegt jetzt vor, und die BDP bedankt sich dafür. Die BDP hat sich immer wieder positiv zu klimapolitischen Themen geäußert. Dies als bürgerliche Mittepartei und dies mehr als die anderen bürgerlichen Parteien; Baugesetz (BauG), Kantonales Energiegesetz (KEng), «Bern erneuerbar» et cetera – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Überall dort halfen wir mit, diese Gesetze entsprechend auszuarbeiten. Deshalb finden wir die Diskussion rund um das Klima sehr sinnvoll. Die vielen Kundgebungen überall, diese nehmen wir mehr als nur zur Kenntnis, wir nehmen sie ernst. Ich werde nun nicht dermassen ins Detail gehen, wie mein Vorrednerin vorhin.

Wir möchten auf dem Boden der Realität bleiben, dies erstens bei der Verhängung des Klimanotstands. Aus unserer Sicht muss ein Klimanotstand vom Bund verhängt werden. Ob dies in Deutsch oder Englisch oder mit Fussnoten geschieht, ist uns egal, aber es ist ganz klare Sache des Bundes. Denn das Klima und die Folgen des Klimawandels machen nicht an der Kantonsgrenze und übrigens auch nicht an der Landesgrenze halt. Ein Ereignis aus der Vergangenheit, kein klimapolitisches, aber einen Versorgungsnotfall – einige hier drin erinnern sich daran – möchte ich kurz erwähnen. Wir gehen ins Jahr 1974 zurück. Ich weiss, es gab damals noch nicht alle, die hier drin sind. Ein paar von uns gab es aber damals schon. Es war so, dass damals Erdölknappheit herrschte und ein Krieg Israel/Ägypten. Die Preise waren hoch, und man wusste nicht, ob die Erdölreserven überhaupt ausreichen. Der Bund verhängte damals vier autofreie Sonntage – ein Ereignis, das unsere Generation – die Jungen können weniger mitreden – nachhaltig geprägt hat. Würde der Bund jetzt den Klimanotstand verhängen und zum Beispiel sagen: «Einmal pro Monat, oder wie viele Male auch immer, bleiben alle Flugzeuge auf dem Boden, und es passiert nichts.», dann wäre das eine Massnahme, die nicht nur einen symbolpolitischen Charakter hätte.

Wir stellen eine weitere Frage zum Klimanotstand. Wann wird der Klimanotstand wieder aufgehoben? – Ein Notstand ist ja eine zeitlich beschränkte Situation. Das Bundesparlament ist daran, das CO₂-Gesetz zu erarbeiten – ein wichtiges Gesetz, das aber nicht verabschiedet wurde, weil Links und Rechts nicht kompromissbereit waren. Was heisst das jetzt? – Wird dieser Notstand in einem Jahr, in zehn oder in zwanzig Jahren aufgehoben werden, oder unter Umständen, sobald das CO₂-Gesetz überwiesen wird? – Sobald das CO₂-Gesetz überwiesen sein wird, werden wir in den Kantonen Massnahmen umsetzen müssen. Dies wollen wir tun. Für uns ist die Erklärung somit eine Absichtserklärung. Gesetz und Massnahmen müssen dann losgelöst davon erarbeitet werden. Dem Thema möchten wir trotzdem die nötige Wichtigkeit geben. Ein Vorschlag zum Wort «prioritär», das in zwei der sechs Anträge vorkommt: Wir könnten ja jeden eingereichten Vorstoss künftig auf dessen Klimarelevanz hin prüfen. So hätten wir einen Benchmark, der zeigt, was wir letztlich in der politischen Arbeit hier zum Thema machen und letztlich auch umsetzen wollen.

Die BDP lehnt alle weiter eingegangenen Abänderungsanträge ab, weil wir der Meinung sind, diese alle seien nicht stufengerecht. Auch ist der Antrag SVP/Bichsel aus unserer Sicht verfassungsrechtlich nicht nötig, da eben die gesetzlichen Grundlagen ausreichend sind. Die Erklärung mit den sechs Punkten gemäss dem Entwurf, wie er in der BaK erschaffen wurde, nimmt die BDP an, weil wir überzeugt sind, dass wir damit die richtige Flughöhe einhalten.

Willy Marti, Kallnach (SVP). Ja, ich gebe es zu, die SVP hat Mühe mit dieser Erklärung. Das ist wahrscheinlich wenig überraschend. Es ist zweifellos sehr trendig, und wir müssen akzeptieren, dass viele Politiker auf diesen Zug aufspringen wollen. Man muss etwas tun, einfach etwas! Die Presse, die Medien berichten gerne über das Klima, und dabei könnte man ja ins Rampenlicht kommen. Wir sehen ein wenig eine Panikmache, vergleichbar mit dem Waldsterben vor circa 25 Jahren. Der Klimawandel ist real, der menschliche Einfluss oder der Anteil des Menschen daran ist hingegen nicht bewiesen. Nachdem in Berichten und Planungserklärungen immer wieder in schönen Worten ausgeführt wurde, wie wir uns wirtschaftlich verbessern wollen, wollen wir uns jetzt im Kanton Bern zusätzliche Knüppel zwischen die Beine werfen! Ich wohne an der Kantonsgrenze. Das Dorf nebenan, Fräschels im Kanton Freiburg, hätte das nicht.

Die Parteien oder Initianten der Welle, die sie in verschiedenen Kantonen lanciert haben, sind in den eidgenössischen Räten vertreten und könnten sich eigentlich dort direkt einbringen. Der Wirkungsgrad wäre in etwa derselbe, aber dafür schweizweit, und es wäre wenigstens ein wenig stufengerechter. Am globalen Problem änderte auch das nichts. Sicher ist: Diese Erklärung ist rechtlich nicht bindend. Sie steht nicht über den geltenden Regeln des Parlamentsdienstes. Um den Weg hin zu einer gewissen Wirkung dieser Erklärung wenigstens ansatzweise zu legen, kam es zu den fünf SVP-Abänderungsanträgen. Zweifellos ist auch deren Wirkungsgrad nicht gewaltig, aber er ist ehrlich und würde auf ein Gleis führen. Die Abänderungen oder eben Ergänzungen sehen wir auch als Bedingungen dafür, dass wir den ursprünglichen sechs BaK-Anträgen zustimmen können. Ansonsten wird es schwierig. Wir haben das Gefühl, es werde sonst nicht nur Luft sein, sondern nur Worte und Buchstaben. Wir glauben ein sauberes Gewissen zu haben in der SVP. Dieses müssen wir nicht mit solchen Erklärungen beruhigen.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). «Ihr steht den Kindern ihre Zukunft, direkt vor ihren Augen!» – Mit diesem schonungslosen Befund zielt die junge Aktivistin Greta Thunberg auf unsere fehlende Bereitschaft, den Klimaschutz endlich als eine existentielle Aufgabe zu begreifen. Ihre ganz einfachen Fragen zwingen uns zum Eingeständnis. Sie bewegen inzwischen eine ganze Generation von Jugendlichen und treiben sie aus den Klassenzimmern auf die Strasse. Ein hoffnungsvolles Zeichen einer wachsenden Klimabewegung, die konkretes Handeln einfordert und die unseren ungezügelten Energiehunger – mit allen gravierenden Folgen für das gesamte Ökosystem – nicht weiter akzeptieren will. Sie fragen uns als Politikerin und Politiker, warum wir denn angesichts der Dringlichkeit immer noch lavieren, verdrängen, auf morgen und übermorgen verschieben. Sie halten uns aber auch zu Hause den Spiegel vor und entlarven unsere Widersprüchlichkeit im alltäglichen Handeln.

Es sind schwierige Fragen, aber eben auch starke Argumente – und natürlich provozieren sie uns. Denn sie rütteln an unseren Gewohnheiten und stellen die Gedankenlosigkeit unseres Verhaltens infrage. Die Klimadebatte macht uns bewusst, dass unsere scheinbar grenzenlose individuelle Freiheit an Grenzen stösst und unsere politischen Konzepte brüchig geworden sind. Wir merken, wie unsere individuellen Möglichkeiten immer deutlicher mit einer gesellschaftlichen Verantwortung kollidieren.

Dabei zeichnen die wissenschaftlichen Grundlagen zum Klimawandel – wir haben es von Peter Flück gehört – ein eindeutiges Bild. Die Erwärmung des Klimasystems ist eindeutig, der Einfluss des Menschen auf das Klimasystem klar, und die Emissionen von Treibhausgasen sind die höchsten in der Geschichte. Das können wir im IPCC-Synthesebericht nachlesen. Eigentlich ist die Aufgabe unmissverständlich klar: Die Emissionen müssten rasch massiv gesenkt werden, denn die Zeit läuft uns davon. Dennoch verwässern und verschieben wir seit Jahren wirkungsvolle Massnahmen, weil wir nicht bereit sind, den Preis dafür zu bezahlen. Ein Beispiel dazu lieferte kürzlich Bundesrätin Simonetta Sommaruga in einem Interview mit der «Neue Zürcher Zeitung (NZZ)». Unsere Neuwagenflotte, liebe Frauen und Männer, hat europaweit den höchsten CO₂-Ausstoss, nämlich 134 Gramm pro Kilometer. Die Erdölration Norwegen ist bereits bei 84 Gramm. Das ist es, was Herr Köpfli vorhin mit smarten Technologien gemeint hat. Wir müssen cleverer werden. Unser Klima braucht den politischen Willen für Lenkungsmassnahmen, die den Verbrauch von Energieträgern wirksam besteuern. Ich habe es an dieser Stelle schon mehrmals gesagt: Die politischen Optionen, die technologischen Alternativen, aber auch die ökonomischen Vorteile – diese liegen eigentlich auf der Hand. Wir müssten nur wollen.

Eigentlich ist nicht weiter erstaunlich, dass bei solchen deutlichen Forderungen von der Strasse die Reaktionen nicht lange ausbleiben. Wir sehen dies beispielhaft an den Abänderungsanträgen zur vorliegenden Erklärung. Sofort sind sie wieder da, die ideologischen Reflexe und populistischen

Ablenkungsmanöver. Die Anträge schiessen schliesslich soweit ins Kraut, dass man den Klimaschutz mit der Steuerung der Zuwanderung in Verbindung bringen will. Interessanterweise stammt der Antrag gerade aus jener politischen Ecke, die sonst immer an der Wirkung des Klimaschutzes vor Ort zweifelt und auf die globalen Massnahmen verweist. Die EVP-Fraktion hat sich mit diesen Abänderungsanträgen auseinandergesetzt; wir lehnen diese alle ab. Weshalb? – Wir respektieren nämlich den überparteilichen Konsens, der in der BaK erarbeitet wurde. Das ist nicht ganz unwesentlich. Auch möchten wir eine Verwässerung der Erklärung vermeiden.

Da ist aber auch die Kritik an den Jugendlichen – man konnte es lesen –, sie sollen doch bitte brav studieren und nicht mehr die Schule schwänzen. Auf einem Transparent las ich dazu folgende Replik: «Wieso für eine Zukunft lernen, die es nicht mehr gibt?». Liebe Klimastreikende, macht einfach weiter! Denn die Politik braucht euren Druck, sie braucht den Druck von der Strasse! Die nächsten Wahlen werden bald schon vorüber sein und damit auch das Surfen auf der Welle. Der Fukushima-Effekt lässt grüssen. Wenn aber eine ganze Generation von Jugendlichen ihre Handlungsmöglichkeiten nutzt und dabei ihr persönliches Umfeld mitzieht, entsteht neue Hoffnung für den Klimaschutz. Deshalb ist es ihr Erfolg, wenn wir heute diese Erklärung beschliessen. Ich hoffe auf eine ganz breite Zustimmung.

Präsident. Jan Gnägi, ich darf Ihnen doch noch das Wort geben. Für die BDP: Jan Gnägi.

Jan Gnägi, Jens (BDP). Klimaschutz ist das Gebot der Stunde. Dass ein politisches Thema plötzlich verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit rückt und mehr mediale Beachtung findet, ist nichts Neues. Auch nicht neu ist, dass die Politik, die Politikerinnen und Politiker, solche Gebote der Stunde rasch aufnehmen und in gewissen Fällen vielleicht etwas überstürzt handeln. Hier ist die Situation aber nicht so, es ist eine ganz andere Situation. Klimaschutz ist kein vorübergehender Hype, und ganz sicher ist Klimaschutz kein Thema, das man ignorieren darf. Der Grosse Rat handelt mit dieser Erklärung und auch mit der nachfolgenden Parlamentarischen Initiative (*PI/IP 187-2018*) alles andere als überstürzt – im Gegenteil: Die Politik muss die Zeichen der Zeit erkennen und gegenüber der Bevölkerung, die bezüglich dieser Thematik grosse Sorgen hat, Signale aussenden im Sinne von: Wir haben verstanden, und wir wollen handeln. Diese Zeichen sind gerade für meine Generation besonders wichtig, und es sind vor allem auch junge Leute, die sich in dieser Thematik bemerkbar gemacht haben. Diese Generation wird es denn auch sein, die beim Klimaschutz Lösungen bringen muss – Lösungen, die von der vorangehenden Generation eventuell etwas zu wenig erfüllt wurden. Wenn wir aber ehrlich sind, erreichen wir mit dieser Erklärung allein nichts. Wir werden konkrete Massnahmen brauchen, damit überhaupt etwas realisiert werden kann. Dafür müssen sie politisch ausgewogen und mehrheitsfähig sein. Wir werden nicht weiterkommen, wenn wir den Klimaschutz als Wahlkampfmassnahme missbrauchen. Wir werden nur mit nüchterner Sachpolitik weiterkommen. Die BDP-Fraktion ist sich bewusst, dass gerade sie als Mitte-Partei hier in der Verantwortung steht. Die vorliegende Erklärung können wir aber im Sinne des Grundsatzes, «Auch eine Reise von tausend Meilen fängt mit dem ersten Schritt an», unterstützen.

Präsident. Antonio Bauen, wie lange werden Sie sprechen? – Es haben bisher alle gemeint, Sie würden mehr Zeit benötigen. Bitte beginnen Sie doch einmal. Vielen Dank. Als Nächstes gebe ich Antonio Bauen das Wort.

Antonio Bauen, Münsingen (Grüne). Ich versuche es noch hinzukriegen. Zuerst möchte ich der BaK für die Ausarbeitung und Formulierung dieser Erklärung bestens danken. Sie nimmt in den wesentlichen Punkten Bezug auf die ursprüngliche Form und nimmt diese auch in der entsprechenden Flughöhe auf. Sie verzichtet sinnvollerweise auf konkrete Einzelmassnahmen. In der heutigen Klimadebatte geht es nämlich nicht um Parteipolitik, nicht um Machtpolitik, nicht um Profilierung, nicht darum, wer heute stärker oder schwächer ist. Es geht auch nicht darum, zu verurteilen oder Schuldige zu suchen im Sinne von «Wer ist schuld? Wer stösst mehr oder weniger CO₂ aus? Wer tut dies hier oder auf der anderen Seite der Grenze?». Dies alles spielt keine Rolle. Heute geht es nicht darum, fatalistisch zu sein und zu sagen: «Es war schon immer so», während es in einer Ecke noch einen Wissenschaftler gibt, der es anders sieht. – Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht darum, den im IPCC-Bericht wissenschaftlich belegten Fakten zur Klimaveränderung ins Auge zu blicken und den lebensbedrohenden Folgen der Klimaerwärmung, die uns alle betreffen werden – alle auf dieser Erde werden im selben Boot sitzen und es wird sie alle betreffen –, die nötige Beachtung zu schenken. Es geht darum, gemeinsam das Nötige zu tun. Das Volk und nicht zuletzt die

Klimastreikenden erwarten das von uns. Sie erwarten jetzt ein echtes Bekenntnis, keine Floskeln, keine kleinen Scheingefechte und schon gar keinen Wahlkampf. Ich weiss, dass dies schwierig ist. Denn das Handeln ist nicht so direkt spürbar. Es ist ein langfristiger Prozess. Wir können nicht abwarten und zusehen, was passiert, um, wie die Feuerwehr, nach einem Alarm den Brand rasch zu löschen. Nein, hier sind gewaltige Prozesse im Gang, die ein langfristiges, aber konsequentes Handeln verlangen, und zwar heute und nicht erst morgen. Deshalb müssen wir heute handeln im Sinne einer Notsituation. Wir werden den Nutzen unseres Handelns nicht schon morgen spüren, sondern erst in zehn bis zwanzig Jahren. Heute handeln wir also für die Generationen von morgen – für die Schüler, für unsere Kinder, die Enkelkinder, die zukünftig auf dieser Erde leben werden. Wir handeln heute und entscheiden heute über die Lebensgrundlagen von jenen, die morgen leben werden. Dieses Handeln können wir nicht delegieren, wir können es niemand anderem überlassen. Klimaschutz betrifft jeden von uns. Deshalb muss auch jeder handeln. Der Klimawandel ist für die gesamte Menschheit eine grosse Bedrohung. Deshalb ist der Klimaschutz eine gemeinsame Aufgabe.

Die vorliegende Erklärung zur Klimapolitik ist in all ihren sechs Punkten ein ganz wichtiger Grundstein und – wie wir schon gehört haben – einer von tausend weiteren Schritten, die folgen müssen. Die Basis für das gemeinsame Handeln ist in der Präambel dieser Erklärung enthalten. Sie bekennt sich zu unserem menschlichen Einfluss auf das Klimasystem. Sie erkennt dies als Fakt, und dies ist eine gute Basis. Jetzt können wir zusammenstehen und am selben Strick ziehen. Tragen wir diese Verantwortung gemeinsam, um heute Entscheidungen für morgen zu treffen. Wir Grüne sind dazu bereit. Noch haben wir die Chance, den Klimawandel zumindest einzudämmen, wenn nicht ganz umzulenken. So können wir heute den Generationen vor uns, die damals den Wald retteten oder unter Schutz stellten, dankbar sein. So dankbar werden uns künftige Generationen für unsere Handlungen sein – für die Handlungen, die wir jetzt vornehmen für den wirksamen Schutz des Klimas.

Noch kurz zu den Anträgen: Wir unterstützen die Anträge zum Klimanotstand ganz klar. Wir lehnen die anderen Anträge, insbesondere den Antrag Bichsel, der ja eine Selbstverständlichkeit ist, ab, und auch ... *(Der Präsident unterbricht den Redner infolge der überschrittenen Redezeit der Grünen. / Le président interrompt l'orateur, le temps de parole des Verts étant écoulé.)*

Präsident. Besten Dank für die disziplinierte Debatte. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Es geht morgen um 9 Uhr weiter.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 16.35 Uhr. / Fin de la séance à 16 heures 35.

Die Redaktorin / La rédactrice
Eva Schmid (d/f)